



**Gut für alle.
Öffentlich ist Zukunft.**

vpod  ssp

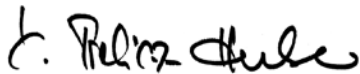
Der Staat sei unser Staat

Lange Zeit stützten Staaten Macht, Reichtum und Freiheiten für einige wenige und bedeuteten für die grosse Mehrheit der Menschen Unterdrückung, Armut und Unfreiheit.

Wir verteidigen den modernen Rechtsstaat, der allen Menschen Grundrechte, Freiheit und Gleichbehandlung garantiert, gegen die Rückeroberung durch private Machthaber. Wir setzen uns ein für einen starken Service public, der allen Menschen den Zugang zu den elementaren Dingen garantiert, die es zum Leben in Freiheit, Wohlstand und Würde braucht: Bildung, Kultur, Information, Gesundheits- und soziale Dienste, Post, Telekommunikation, Energie und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Entsorgung usw.

Das Gemeinwohl ist öffentlich.

Dafür setzen wir uns ein. Gemeinsam mit Ihnen!



Katharina Prelicz-Huber
Präsidentin



Stefan Giger
Generalsekretär

Ein gutes Prinzip:

Monopolgewinne gehören allen

Wer über ein Monopol verfügt, kann den Preis diktieren und sich damit zulasten der ganzen Bevölkerung superreich machen. Das ist Diebstahl. Monopole gehören deshalb in die Hand der Bevölkerung – sie müssen Eigentum der Allgemeinheit sein, und Monopolgewinne müssen allen zugute kommen. Zu den natürlichen Monopolen gehören insbesondere die Wasserversorgung, Abwasser und Entsorgung, Stromnetze, Fernwärme, Netze des öffentlichen Verkehrs, Postdienste, Sozialversicherungen und kantonale Gebäudeversicherungen. Auch Sozial-, Unfall- und Krankenversicherungen müssen als Monopolaufgaben verstanden werden.



Ein gutes Prinzip:

Demokratische Kontrolle

In vielen Kantonen und Gemeinden wurden öffentliche Betriebe ausgegliedert und verselbständigt. Der Service public gehört aber allen und muss in öffentlichem Eigentum bleiben. Damit dieses öffentliche Eigentum auch unter demokratischer Kontrolle verbleibt, darf es nicht privatisiert werden.

Mit der Ausgliederung in öffentlich-rechtliche Anstalten, Aktiengesellschaften, Stiftungen können öffentliche Betriebe der demokratischen Kontrolle entzogen werden.

Verselbständigungen dürfen nur gemacht werden, wenn sie rechtlich zwingend sind, und es braucht dafür klare gesetzliche Grundlagen, eine transparente Wahl der Organe und eine starke politische Oberaufsicht. Wer mit staatlichem Geld oder Konzessionen öffentliche Aufgaben erfüllt, muss auf die Prinzipien des öffentlichen Rechts verpflichtet werden: Legalität, Gleichbehandlungsgebot, Verhältnismässigkeit und Willkürverbot.



Ein gutes Prinzip:

Betreuung und Pflege müssen den Menschen dienen, nicht dem Profit

Wir laufen auf eine Krise der Betreuungs- und Pflegearbeit zu. Während mehr Frauen berufstätig sind als früher, wächst die Zahl der alten und pflegebedürftigen Menschen. Wer übernimmt die Pflegearbeit, die früher gratis geleistet wurde? In Spitälern, Heimen und sozialen Einrichtungen wird mit neuen Finanzierungsmechanismen versucht, die Effizienz zu steigern. Arbeit von Menschen für Menschen wird codiert, scheinbar messbar gemacht und vollständig verplant. Das Ergebnis: Zeitdruck und Verknappung ruinieren die Qualität. Ausserhalb der Institutionen nimmt die Zahl von Migrantinnen zu, die für miserable Löhne und ohne rechtlichen Schutz in Privathaushalten arbeiten. Der vpod fordert einen anderen Weg: Pflegearbeit darf nicht der Profitlogik unterstehen. Gute Arbeit muss gut bezahlt und entsprechend finanziert werden.

Gleichzeitig ermöglicht nur eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung für alle, dass sich auch Erwerbstätige um Angehörige kümmern können.

Das Arbeitsrecht, die Finanz- und die Steuerpolitik müssen diese unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit berücksichtigen.



Ein gutes Prinzip:

Der Staat ist zur Gleichbehandlung verpflichtet

Der Staat ist auch als Arbeitgeber zur Gleichbehandlung verpflichtet. Jeder Bürger und jede Bürgerin ist vor dem Gesetz gleich, und dies gilt auch am Arbeitsplatz. Der Staat darf eine diplomierte Pflegefachfrau nicht schlechter bezahlen als einen Kantonspolizisten, weil die analytische Arbeitsplatzbewertung die Gleichwertigkeit von Anforderungen und Belastungen ergeben hat. Mit der Auslagerung von Spitälern wird die hart erkämpfte Aufwertung von Frauenberufen wieder in Frage gestellt. Die öffentlichen Personalgesetze müssen deshalb auch für ausgelagerte Betriebe gelten. Der Staat ist dazu verpflichtet, den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung mit aktiven Massnahmen vorbildlich umzusetzen.



Ein gutes Prinzip:

Faire Anstellungsbedingungen

Der demokratische Rechtsstaat muss die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür und Benachteiligung schützen und soziale Gerechtigkeit herstellen. Dies gilt auch für den Staat als Arbeitgeber, als Besitzer öffentlicher Betriebe und als Kunde bei öffentlichen Aufträgen und Beschaffungen. Faire Anstellungsbedingungen, die über das Minimum des Obligationenrechts hinausgehen, müssen für alle Verwaltungen und Betriebe gelten, die öffentliche Aufgaben ausführen.

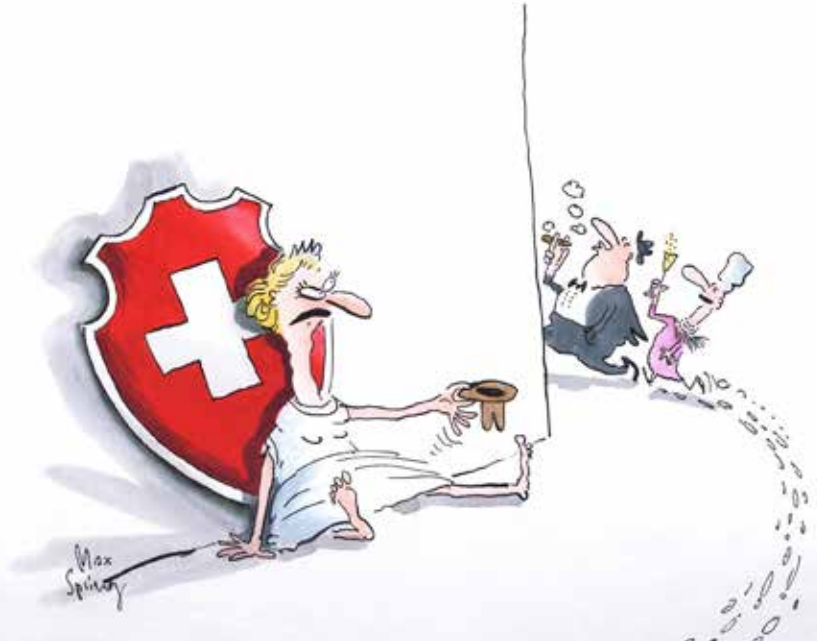


Und woher kommt das Geld?

Mit eigenen und fremden Milliarden zocken Spekulanten an der Börse. Sogar gegen Währungen und gegen ganze Länder wird gewettet. Noch schlimmer: Banken, die von Staaten mit Steuergeldern gerettet wurden, beteiligen sich an diesem perversen Roulette, das auf den Untergang von Volkswirtschaften setzt.

Die betroffenen Staaten haben auf einen Schlag gigantische Schulden, weltweit sind Rosskuren angesagt, es wird nur noch gespart und abgebaut: Löhne werden gekürzt, Menschen entlassen, Arbeitszeiten verlängert, Rentenalter erhöht. Es hat nicht weniger Reichtum als früher. Aber der Reichtum hat den Besitzer gewechselt. Das eine Prozent der Reichsten ist noch reicher geworden, die anderen 99 Prozent haben verloren. Statt Steuersenkungen für Reiche zu beschliessen, muss das Geld von den Reichsten zurückgeholt werden:

Steuerschlupflöcher müssen gestopft, Steuerflucht und Steuerhinterziehung geahndet werden; die Pauschalbesteuerung von Reichen zum Dumpingtarif gehört abgeschafft; Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionssteuer belegt und eine Erbschaftssteuer für Superreiche muss eingeführt werden; statt unsoziale indirekte Steuern braucht es progressive Steuertarife für direkte Steuern.



Polizei, Justiz

Das Faustrecht bleibt abgeschafft

Das Recht des Stärkeren darf in einem demokratischen Staat nicht gelten. Individuelle Grundrechte sind eine Voraussetzung dieser Demokratie und dürfen weder von Mehrheiten noch von Staatsorganen ausser Kraft gesetzt werden. Gewalt darf nur in einem kontrollierten Rahmen eingesetzt werden, um gesetzliche Regeln durchzusetzen. Der vpod wendet sich deshalb gegen jede Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben. Die Bewaffnung privater Sicherheitsdienste gehört verboten.



Schule, Berufsausbildung, Hochschulen

Gute Bildung für alle

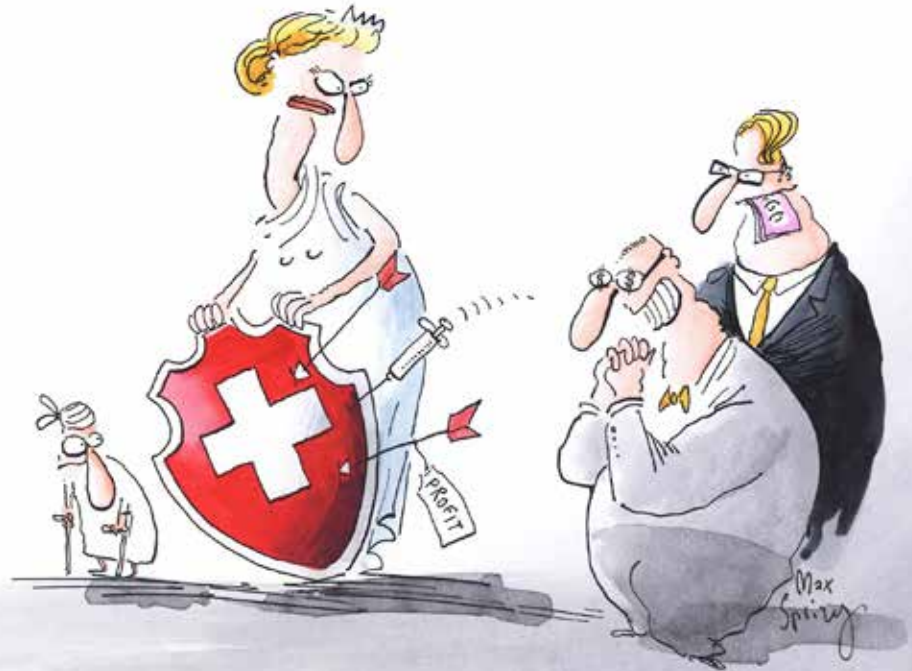
Bildung ist ein Menschenrecht. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung muss für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern und unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus offen stehen. Und die Schulen müssen einen Bildungsauftrag erfüllen, der Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Staates im Sinn hat. Eine solche Schule muss – vom Kindergarten bis zur Universität – öffentlich sein und sich an ihrem demokratischen Auftrag orientieren. Selektion in der Volksschule, finanzielle und strukturelle Barrieren zu höheren Schulen und Hochschulen müssen abgebaut werden. Bildungsreformen, die Schulen und Hochschulen in Unternehmen auf einem Bildungsmarkt verwandeln wollen, sind der falsche Weg.



Akutspitäler, Rehabilitation, Langzeitpflege, Spitex

Gesundheit ist unser höchstes Gut

Wer krank ist, hat Anspruch auf umfassende Behandlung und Pflege, unabhängig von Vermögen und Einkommen. Behandlung und Pflege sind keine Waren, deren Nachfrage oder Angebot über Marktmechanismen gesteuert werden können. Deshalb braucht es den Staat, der den Zugang für alle garantiert und das Angebot so vernünftig wie möglich organisiert. Der Staat muss sich insbesondere gegen die mächtigen Interessen der Grosskonzerne – Pharmaindustrie, gewinnorientierte Krankenkassen, private Spitalnetzwerke – durchsetzen, damit sich nicht Private am Gemeingut bereichern. Spitäler, Kliniken, Heime, Spitex müssen als Non-Profit-Betriebe in öffentlichem Besitz verbleiben und demokratisch gesteuert werden. Die Kosten des Gesundheitswesens sind solidarisch zu tragen, am besten durch die Kantone und eine Einheitskrankenkasse. Eine besondere Aufgabe kommt dem Staat auch in der Ausbildung zu: Wenn uns das Gesundheitspersonal nicht ausgehen soll, muss der Staat zusätzliche Ausbildungsplätze finanzieren.



Soziale Dienste, Sozialversicherungen

Recht auf Leben in Würde

Wer behindert ist, chronisch krank wird, das Leben nicht auf die Reihe kriegt oder im Alter nicht mehr allein zurechtkommt, ist auf Hilfe angewiesen. Auch Menschen in Abhängigkeit haben das Recht auf ein würdiges Leben, auf Schutz vor Willkür und Gängelung. Deshalb setzen wir uns für ausreichende Rechtsansprüche ein, in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, bei Ergänzungsleistungen und in der Sozialhilfe. Es gibt empfindliche Lücken in unserem Sozialsystem, die geschlossen werden müssen. Die Auslagerung von sozialen Diensten an private Anbieter, wie das im Asylwesen vorgemacht wird, führt zu einem Zweiklassen-Sozialsystem. Das lehnen wir ab.



Energie, Wasser, Entsorgung, Verkehr, Kommunikation
Grundversorgung ist öffentlich

Städtische und ländliche Gebiete haben den gleichen Anspruch auf Grundversorgung mit Wasser, Strom, Abwasserkanälen, Busverbindungen, Abfallentsorgung, u.a. Und diese Leistungen werden am effizientesten aus einer Hand erbracht. Deshalb wehrt sich der vpod gegen alle Versuche, diese grundlegenden Dienste zu privatisieren. Versorgungssicherheit ist wichtiger als private Profite.



Kultur, Kunst, Breitensport

Wir leben nicht von Brot allein

Künstlerinnen und Schriftsteller verärgern oder amüsieren Mehrheiten, sie hinterfragen Selbstverständliches oder schaffen neuen Sinn. Kultur, Kunst und Sport gehören seit Urzeiten zum Menschsein. Weil gerade die kritischen Impulse eine moderne Gesellschaft lebendig erhalten, braucht es staatliche Förderung der Kunstausbildungen, den Zugang von Künstlerinnen und Künstlern zu guten Sozialversicherungen sowie staatlich geförderte Bühnen, Konzert- und Kulturhäuser, Bibliotheken. Der Breitensport trägt zum Zusammenhalt einer Gesellschaft bei. Wer bezahlt Turnhallen, Sportplätze und Bäder für alle? Der Staat muss dazu beitragen, dass es mehr gibt als teure Kunst für Reiche und Spitzensport im Stadion.



Wartung und Reinigung

Profite statt existenzsichernde Löhne?

Prediger in Krawatte und Anzug versprechen mit Outsourcing Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerung. Reinigung, Unterhalt und viele weitere Dienstleistungen soll der Staat ausgliedern und Privaten übergeben. Dabei wird nicht bedacht, dass Billigdienstleister den Werterhalt der öffentlichen Gebäude und Einrichtungen gefährden. Die Löhne im privaten Reinigungssektor reichen oft nicht zum Leben. Statt neue soziale Probleme zu schaffen, muss der Staat dafür sorgen, dass seine Aufgaben von Leuten übernommen werden, die einen existenzsichernden Lohn erhalten – Auslagerungen sind deshalb zu verhindern und rückgängig zu machen.



Ja, ich bin dabei!

Beitrittserklärung

Ja, ich trete dem *vpod* bei, verpflichte mich zur Einhaltung der Statuten und zur Zahlung der Mitgliederbeiträge.

Herr Frau

Name:	Vorname:
Adresse:	
PLZ:	Ort:
Telefon:	E-mail:
Geburtsdatum:	Nationalität:
Beruf/Tätigkeit:	Arbeitgeber:
Brutto-Jahreseinkommen:	
Zahlung:	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> halbjährlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich
Gewünschte Zeitung (Sprache):	<input type="checkbox"/> d <input type="checkbox"/> f <input type="checkbox"/> i
Eintritt per:	___ Monat ___ Jahr
Werber/Werberin:	
Datum und Unterschrift:	


A

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



vpod
Zentralsekretariat
Postfach 8279
8036 Zürich

Ja, ich bin dabei!

**Gut für alle.
Öffentlich ist Zukunft.**

*v*pod  *ssp*

